SOZIALES

Gewerkschaften gegen höhere Mütterrente

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stellt sich gegen Pläne der Parteien für höhere Mütterrenten. „Die Wahlversprechen der Union zur Mütterrente sind unseriös“, sagt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die auch Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund ist. Man könne nicht bessere Rentenleistungen versprechen, wenn man gleichzeitig den Beitragssatz senke und auch keine zusätzlichen Steuergelder bereitstelle. Auch die SPD hat sich für höhere Mütterrenten ausgesprochen, will die Kosten allerdings aus Steuereinnahmen finanzieren.
Nach den Plänen der Parteien soll die Schlechterstellung von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, verringert werden. Buntenbach fordert, dass die Regierung ihre Zuschüsse für die von der Rentenversicherung gezahlten Bezüge erhöhen müsse, falls die Änderung umgesetzt werde.

UBS-Zentrale in Zürich

ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE ZÜRICH / LAIF

STEUERHINTERZIEHUNG

UBS droht Millionenzahlung

Die Schweizer Großbank UBS muss sich auf ein teures Verfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gefasst machen. Vor zwei Wochen durchsuchten 180 Beamte unter der Leitung Wuppertaler Steuerfahnder Filialen der Bank an zehn deutschen Standorten, darunter Berlin, Frankfurt und München. Dabei haben sich offenbar konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Mitarbeiter der UBS in Deutschland und der Schweiz Hunderten deutschen Kunden bei der Steuerhinterziehung halfen. Diese Beihilfe kann für die UBS ein teures Nachspiel haben. In einem ähnlich gelagerten Fall hat die Bank Credit Suisse 150 Millionen Euro gezahlt, weil sie ihre Kunden in großem Umfang bei der Steuerhinterziehung unterstützt haben soll. Bei der UBS dürfte die Summe noch höher ausfallen, weil das Volumen der am Fiskus vorbeigeschleusten Gelder größer ist. Die jüngste Durchsuchungswelle geht auf den Kauf einer CD durch das Land Nordrhein-Westfalen zurück. Die Steuerfahndung prüft derzeit den Ankauf von mindestens drei weiteren Datenpaketen der UBS.

KOLUMNE

Neun Wochen noch

WAHL 2013

Die SPD führt dieser Tage wieder ein Doppelleben, es gibt eine offizielle Version von ihr und eine echte. In der offiziellen sitzen Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel mit hochgekrempelten Ärmeln in einem Biergarten vor halbvollen Krügen. „Wir sind ein tolles Team“, soll das heißen, und: „Wir gewinnen!“ Solche fotografisch meist in der „Bild“-Zeitung dokumentierten Zusammenkünfte galten einst als Geniestreich von PR-Beratern. Es gab aber auch Zeiten, da waren Dauerwellen und Klettverschlüsse der letzte Schrei.
Wie es wirklich um die SPD bestellt ist, erfährt man in Hintergrundgesprächen. So heißen jene Veranstaltungen, bei denen Politiker mit Journalisten reden, und weil sie vorher vereinbaren, dass dieses Gespräch offiziell nie stattgefunden hat, erzählt der Politiker dann, wie es tatsächlich um etwas bestellt ist – um die Kampagne der SPD beispielsweise. Es ist alles ein wenig schizophren.
Als ich noch nicht über Politik schrieb, dachte ich, Hintergrundgespräche seien aufregend. Heute denke ich da anders. Ihr tieferer Sinn scheint darin zu bestehen, dass Journalisten sich wichtig fühlen dürfen, weil sie mit einem wichtigen Politiker zwanglos plaudern können. Und dass Politiker sich wichtig fühlen dürfen, weil so viele Journalisten ihnen zwanglos zuhören. Die Zwanglosigkeit besteht übrigens meist darin, dass während des Plauderns Alkohol konsumiert werden kann.

Würde die Wahl durch die Zahl der Hintergrundgespräche entschieden, wäre der SPD die Mehrheit sicher.

Sozialdemokraten aber lieben Hintergrundgespräche. Würde die Wahl durch die Zahl der geführten Hintergrundgespräche entschieden, der SPD wäre eine Zweidrittelmehrheit sicher. Leider haben solche Gespräche naturbedingt etwas Intrigantes, sie erlauben selbst Feiglingen, einmal mutig zu sein – wie die Namenlosigkeit im Internet. Politikern und deren Beratern bieten sie die Gelegenheit, auf die Schwächen jener Leute hinzuweisen, die nicht wissen sollen, dass man auf ihre Schwächen hinweist. Ein Hintergrundgespräch eines Sozialdemokraten über die Schwächen der Bundeskanzlerin ergäbe wenig Sinn. Dafür gibt es Pressekonferenzen. Also reden Sozialdemokraten in Hintergrundgesprächen bevorzugt über andere Sozialdemokraten. Die sogenannten Berater des Spitzenkandidaten Steinbrück etwa reden gern über die Unzulänglichkeiten des Parteichefs Gabriel. Die Berater des Parteichefs hingegen können prima erklären, was der Spitzenkandidat wieder versemmelt hat und was für Esel seine Berater sind. Es handelt sich übrigens um dieselben Berater, die Steinbrück und Gabriel für ein Foto in den Biergarten schicken und sich deshalb für echte Füchse halten.
Man müsste mal eine Studie in Auftrag geben, die das Erscheinungsbild der SPD in Relation zur Anzahl der von Genossen geführten Hintergrundgespräche setzt. Es muss da einen Zusammenhang geben. Vielleicht ist es nicht bekömmlich, so oft zwischen den Welten zu wechseln. Vielleicht würde ein Tick mehr Aufrichtigkeit am Ende gar nicht schaden. Angela Merkel jedenfalls führt ungern Hintergrundgespräche. Und wenn, dann sagt sie – auch dort – eher wenig.

Markus Feldenkirchen